



Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 2, Jahr 2018

April / Mai / Juni

Mitgliederversammlung
der DKP Leipzig:
immer am zweiten Montag
eines Monats, 19.00 Uhr,
Liebknecht-Haus-Leipzig
(LHL) (Braustraße 15),
1. Etage.

Nächste Treffen:

09. April 2018

14. Mai 2018

11. Juni 2018

09. Juli 2018

dkp-leipzig@gmx.de
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:
Martin Zielke

Rund um den Parteitag

Am 12. und 13. April 1969 fand in Essen der 1. Parteitag der DKP statt. Sie wurde im September 1968 gegründet. Es war die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei in der BRD. Die Zahl der Mitglieder betrug etwa 9.000. Vorangegangen war das Verbot der nach 1947 in den Westzonen neu gebildeten KPD am 17. August 1956. Es bedeutete einen tiefen Einschnitt in der gesamten Nachkriegsentwicklung und wurde bis heute nicht aufgehoben.

In der Grundsatzklärung der DKP heißt es: Sie „hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie dient der Arbeiterklasse und dem Volk. Sie wirkt mit den Arbeitern für die Arbeiter, mit der Jugend für die Jugend, mit dem Volk für das Volk.“ Das war auch der Grundgedanke des 22. Parteitages der DKP vom 2. bis 4. März in Frankfurt am Main. Die DKP hat über Jahrzehnte hinweg viele angespannte Lagen durchlebt und mit großem Kraftaufwand durchgestanden, ohne die Zuversicht zu verlieren. Schmerzlich waren die Folgen der massiven Konterrevolution gegen den Sozialismus, schmerzlich die damit verbundenen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die Partei verliert immer noch mehr Mitglieder, als sie neue aufnimmt. Doch auf der Leipziger Buchmesse am Stand der sozialistischen Wochenzeitung „Unsere Zeit“ waren das Erstaunen und die Freude

der Besucher groß, dass es die Partei und ihre Zeitung noch gibt.

Der Parteitag war gut und erfolgreich; die Diskussion zumeist sachlich, klar und konstruktiv. Weder die Linkspartei noch die neue Regierungskoalition stellen eine Losung auf, wie: „Ran an die Klasse, an die Jugend, raus auf die Straße.“ Gewählt wurde ein neuer Parteivorstand. Parteivorsitzender ist Patrik Köbele. Die Stärkung der DKP ist für die Partei eine Existenzfrage. Sie steht damit nicht allein. Wichtige Beschlüsse wurden dazu gefasst und die Grundsätze der politischen Strategie und Taktik der DKP verabschiedet, deren Ausgangspunkt die marxistisch-leninistische Analyse des gegenwärtigen Imperialismus bildet. Besonders thematisiert wurden die Kriegsgefahr und damit die Friedensfrage.

Der Auftrag lautet: Von der Debatte zur Aktion! Die DKP sammelt bis zum UZ-Pressfest vom 7. bis 9. September in Dortmund 30.000 Unterschriften für den Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“. Wir Mitglieder der DKP handeln nach der Devise: „Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.“ (Programm der DKP) *H.M.*

2018 – das Jahr der Demokratie?

Auf Beschluss des Stadtrates gilt 2018 als das Jahr der Demokratie. Mit diesem Begriff sollte man nicht spaßen. Es geht um die Selbstregierung des Volkes. In Leipzig scheint das noch nicht angekommen zu sein. Zwar heißt es: „Mit dem Jahr der Demokratie 2018 will die Stadt Leipzig zum Nachdenken und Handeln anregen. Denn jeder kann sich einbringen, um die Demokratie zu stärken.“ Aber da wäre zu fragen: Was versteht der Stadtrat unter Demokratie? Selbstredend die „repräsentative Demokratie“, die nicht nur formal und nicht nur Fassade ist. Die Klassenherrschaft greift sie nicht an. Im Gegenteil – deren Erhalt ist Inhalt der bürgerlichen Demokratie. Wurzel hiesiger Politik, auch der Kommunalpolitik, bleibt das Privateigentum. Die „Agenda 2010“ steht nicht auf dem Prüfstand. Leipzig bleibt die Armutshauptstadt im Osten. Da passt das öffentlich kritisierte autoritär fixierte Geschichtsverständnis des Oberbürgermeisters, wie es im politischen Skandal um die Porträt-Galerie im Neuen Rathaus zum Ausdruck kam, gut ins Bild. Erich Zeigner, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen 1923 und Leipziger Oberbürgermeister von Juli 1945 bis April 1949, sollte ausgesperrt werden aus der „Ahnengalerie“ des Herrn Jung. Allen weiteren OBM Leipzigs nach Zeigner blieb ihre Erwähnung ebenfalls versagt. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste Jung einlenken. Die Geschichtsklitterung blieb.

Bestandsaufnahme ist angesagt. Das fordert auch der Stadtrat. Erinnerung wird an 1989 – die

„friedliche Revolution“ – ohne ihre ganz unfriedlichen Konsequenzen tiefster sozialer Spaltung klar zu benennen. Wesentlicher Maßstab der Bestandsaufnahme sind Vorgeschichte und Geschichte der DDR als Negativbild einer Demokratie. Sie wird dadurch in eine Rechtfertigung des Bestehenden verklärt. Dieses Herangehen dürfte kaum geeignet sein, um „die demokratischen Werte weiter zu stärken.“

Wir unterstützen als Kommunisten jedes demokratische Engagement der Leipziger Bürger. Dringender denn je ist ihr politisches Auftreten zur Verteidigung der Demokratie erforderlich. Dazu gehört das Versammlungsrecht, das Demonstrationsrecht, das Vereinsrecht, der Widerstand gegen Gleichschaltung. Vor allem Aufklärung darüber, dass die Parteienfrage und die Regierungsfrage nicht mit der Machtfrage zu verwechseln sind, ist für eine kritische Sicht auf die bürgerliche Demokratie als eine Voraussetzung für die „Stärkung demokratischer Werte“ unabdingbar. Hat man dies im Blick, weiß man, weshalb es richtig ist von einer „parlamentarischen Scheinwelt“ oder noch drastischer

von einem „Illusionstheater“ zu sprechen.

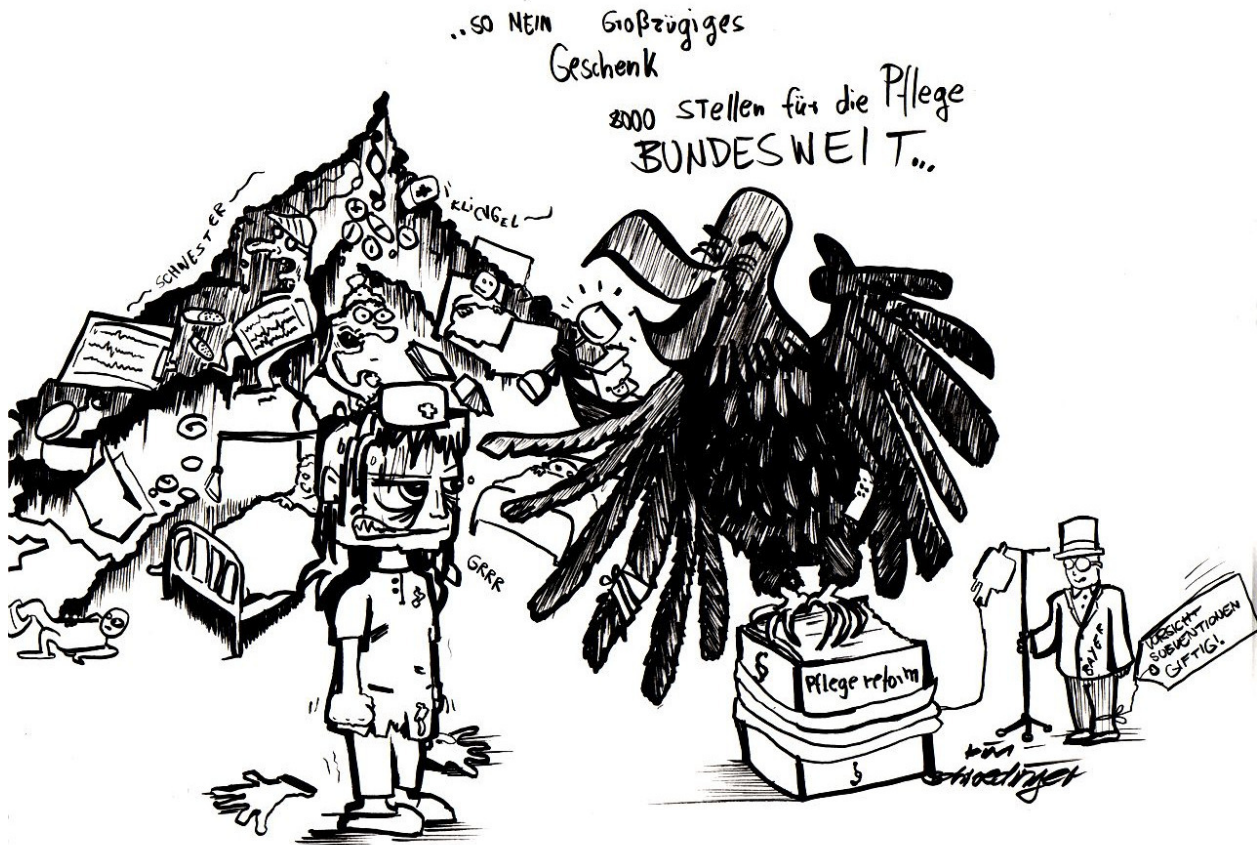
Die Linksfraktion im Leipziger Stadtrat, die zu den Initiatoren des Beschlusses gehört, 2018 zum Jahr der Demokratie zu erheben, definiert sich als das „soziale Gewissen“ im Stadtparlament. Sie wird diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie ihre Politik eindeutig im Klassenkonflikt und dem daraus resultierenden Klassenkampf verortet, der um die Kommune keinen Bogen macht.

H.M.



Erich Zeigner auf einer Mai-Kundgebung 1948 in Leipzig.

(wikipedia)



Glückssucht ist der Welten Lohn

Das Volk enttäuscht! Selbst die LVZ berichtete im Januar: „Die Pflegereform, die das Budget der Pflegekassen um ein Fünftel erhöht hat, kommt laut der Umfrage beim Pflegepersonal bisher nicht an. 60 Prozent der Altenpflegekräfte spüren keine Verbesserungen im Berufsalltag.“

Dabei hat die Große Koalition so Großes versprochen: „Auch in den kommenden Jahren werden wir nicht nachlassen, die Pflege und die häusliche Versorgung zu verbessern, die Unterstützung für pflegende Angehörige auszubauen und die Arbeitsbedingungen von Fachkräften und Betreuern in der Pflege so attraktiv zu machen, dass ausreichend Menschen den Pflegeberuf ergreifen, beibehalten und damit die Versorgung sicherstellen. [...] In einem Sofortprogramm werden wir 8.000 neue Fachkraftstellen im Zusammenhang mit der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen schaffen. [...] Dem Sofortprogramm werden weitere Schritte folgen.“

Trotzdem behauptet der CARE Klima-Index 2017, der die Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen untersucht: „Die Pflege fühlt sich von der Politik im Stich gelassen: So bewerten 91 % der professionell Pflegenden, dass das Thema Pflege in der Politik einen geringen Stellenwert hat. Die neuen gesetzlichen Regelungen durch die Pflegestärkungsgesetze werden ebenfalls kritisch beurteilt: Bei den Pflegenden sehen 59 % noch keine relevanten Verbesserungen im Alltag.“

Uns erinnert das an die Worte Joachim Gaucks: Wir denken eben nicht gerne daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Menschen gibt, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit bezahlen. „Das ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.“

Denk daran, Du glücksichtiges Pflegepersonal, wenn Du so einen Politiker, wie den alten Joachim Gauck, mal in Deine Obhut bekommst! R.S.

Hans Marchwitza

wurde am 25. Juni 1890 in Scharley als Bergarbeitersohn geboren. Schon als 14-jähriger musste er im Schacht arbeiten. 1912 verlor er wegen der Teilnahme an einem Streik seine Arbeit. 1915 bis 1918 musste er an der Westfront dienen. Kaum war er zurück in der Heimat, wurde er Mitglied der Soldatenratswehr und 1919 der USPD. Im Jahr darauf kämpfte er als Zugführer in der Roten Ruhr-Armee und trat in die KPD ein. In diese Zeit fallen auch seine ersten schriftstellerischen Versuche.

Nach der Machtübertragung an die Faschisten floh er nach Zürich und trat der KP der Schweiz bei. Seine Tarnung wurde entdeckt, Marchwitza selbst im Herbst 1934 ausgewiesen. Bis 1935 kämpfte er für die KPD im Saarland, ab 1936 als Offizier im Spanischen Bürgerkrieg. 1938 wurde er in Frankreich verhaftet und interniert. 1941 floh er in die USA und wurde auch dort interniert.

1946 zog er mit seiner Frau nach Stuttgart, 1947 nach Babelsberg. 1950 wurde er Gründungsmitglied der Akademie der Künste der DDR und Kulturattaché in Prag. Marchwitza starb am 17. Januar 1965 in Potsdam.

Platzangst

Eines ist klar, Leipzig verändert sich rasant, es entstehen ständig neue Baustellen. Egal, ob Bürogebäude oder schicke Eigentumswohnungen, in der Messestadt wird allerhand gebaut. Handelt es sich hierbei um bezahlbaren Wohnraum? Leider nicht. Doch wer profitiert von den frisch gebauten Gebäuden?

Definitiv kaum eine Leipziger Mutter, denn Kitaplätze fehlen weiterhin. Trotz des erwarteten Wachstums hat es die Stadt bis jetzt noch nicht geschafft, für genügend Betreuungsplätze zu sorgen. Laut dem Statistischen Amt Leipzig hatten Ende 2016 insgesamt 580.000 Personen, 11.800 mehr als im Vorjahr, hier ihren Hauptwohnsitz. Auch die Zahl der Geburten wächst ständig, 6.900 waren es in diesem Jahr, 300 mehr als 2015. So ein Wachstum und 1.100 fehlende Betreuungsplätze erschweren die Situation der Mütter und Väter.

Aufgrund der aktuellen Lage ist eine lange Suche vorprogrammiert und bürokratische Steine liegen im Weg, so z.B. das Platzvergabesystem der kommunalen Trägerschaft Leipzigs, welches oft die Suche erschwert. Auf der einen Seite wartet man sehr lange auf eine Rückmeldung. Auf der anderen wird die Möglichkeit verwehrt, eine Bedarfsmeldung bei einer anderen Einrichtung einzureichen.

So etwas sorgt für weiteren Stress und verhindert die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt. Besonders Frauen, die meistens die Elternzeit übernehmen, sind aus diesem Grund weiteren Benachteiligungen ausgesetzt. Eine

längere Suche bedeutet leider auch weniger Einkommen.

Ein Spiegelbild dieser Zustände zeigte sich im Mai 2017 in Leipzig. Circa 450 Menschen standen vor der Kindertagesstätte „Tillj“, aber nur 165 Plätze wurden zur Verfügung gestellt. An diesem Tag war die Johanniter-Unfall-Hilfe total überfordert. Die Elternschaft blieb aber nicht tatenlos. Als Reaktion auf die Vorkommnisse im Mai lagen Ende 2017 400 Anklagen beim Rechtsamt des neuen Rathauses vor, weil immer noch keine Betreuungsplätze gefunden wurden. Daraufhin verpflichtete sich die Stadt „freiwillig“, alle zwei Wochen zu prüfen, ob für die Kläger eine zumutbare Kindertagesstätte bereitgestellt werden kann. Das bedeutet auch, dass Eilanträge viel schneller abgelehnt werden und bei Ablehnung die Verfahrenskosten vom Antragsteller getragen werden müssen.

Geld ist genug da, es muss nur umverteilt werden. Um solchen Problemen vorzubeugen, fordert die DKP, die Einstellung von 10.000 zusätzlichen ErzieherInnen und den Neubau von 2.000 Schulen, 1.000 Jugendzentren und 1.000 Kindertagesstätten.

O.F.

Anzeige:

